

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

1-2 Ausgaben wöchentlich
1-2 Ausgaben wöchentlich
1-2 Ausgaben wöchentlich

Abbestellen bei den Verlegern
Abbestellen bei den Verlegern
Abbestellen bei den Verlegern

Telegraphische Anzeigen: Erzgebirge, Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Druckverleger: Amt Leipzig Nr. 918

Nr. 98

Sonnabend, den 26. April 1924

19. Jahrgang

Die interalliierte Einheitsfront.

Von Dr. A. H. Dresden.

Wenn wir zurückdenken an die Zeiten, wo in Versailles der schwächste Gewalttät begangen wurde, des je gegen ein gutgläubiges, einem schwachen Vermittler vertrauendes Volk verbrochen worden ist, und an die Zeiten, wo in Gandan durch Ultimatum jene ungeschicklichen Reparationslasten uns auferlegt wurden, dann werden wir uns erinnern, daß wir uns beide Male einer geschlossenen internationalen Einheitsfront gegenüber sahen. Wohl bestanden innerhalb dieser Koalition Verschiebungen der Auffassung und der Motive, aber die gegen Deutschland gerichtete Aktion war einheitlich und geschlossen. Bei der Entscheidung über Oberschlesien fiel erstmalig ein starker Rest in den Frühling der britisch-französischen Freundschaft. Für England als Kohlenwirtschaftsmacht war es schmerzhaft zu sehen, daß das reiche ober-schlesische Kohlengebiet an Polen und damit an den Wirtschaftskonkurrenten Frankreich und seiner Vasallenstaaten fiel. Doch hielt aber die „Entente“. In das Ruhrgebiet marschierte Frankreich allein ohne England. Außerlich von dessen guten Wünschen, innerlich von der Hoffnung begleitet, daß es ein Beschlag sein möchte, der es dort trafe. Ein Frankreich, das zu den Zeiten des Saargebietes und zu den Kohlen-Oberschlesien auch die Kohlen des Ruhrbeckens haben würde — das war für England ein unerträgliches Gedanke. Der Verlauf des Ruhrstreiks öffnete der Welt die Augen, und heute wo der Wahnsinn von Versailles und London und der Wahnsinn an Rhein und Ruhr auf Grund der Sachverständigen Gutachten liquidiert werden sollen, da tut sich wieder eine Einheitsfront auf, aber diesmal nicht eine solche mit Frankreich gegen Deutschland, sondern eine solche mit Deutschland gegen Frankreich. So hat die deutsche Politik recht gehabt, die darauf ausging, sie zu gewinnen, um anderen weltpolitischen Entwicklungsmöglichkeiten Raum zu lassen.

Wer wollte den Fortschritt leugnen, der in diesem internationalen Wandel für uns zu erkennen ist, und wer wollte leugnen, daß dieser Wandel sich nicht vollzogen haben würde, wenn wir in der Zwischenzeit eine Politik der nationalpolitischen Weisheit oder hoffnungsvoller Berzweckung getrieben hätten? War die Politik der vorläufigen Erfüllung jenes Verbrüderung des Beweises der Unerfüllbarkeit wirklich so unglücklich, wie es ihre Gegner hinstellen möchten? Kampfhaft sucht Poincaré ja auch heute noch in den innerdeutschen Vorgängen nach Argumenten, mit denen er die anderen wieder zu einer Einheitsfront gegen Deutschland bringen und die Köhler im französischen Wahlkampf irre führen kann. In seiner großen Rede am 15. April auf dem Bankett der demokratischen und sozialistischen republikanischen Partei erklärte er: „Wir werden mit unseren Freunden die Hauptfrage erörtern, die wir angesichts des Wiederaufwachens des deutschen Imperialismus nicht vernachlässigen dürfen. Die Verherrlichung Ludendorfs, die schroffe Abstreitung und das offizielle Sägen hinsichtlich der Schuld am Arisee, die Behinderung der interalliierten Kontrollkommissionen an der Ausführung ihrer Obliegenheiten sowie schließlich die geheime Vermehrung der militärischen Formationen und der Revandevereinde, das alles sind Symptome, die die Wachsamkeit zu einer ständigen Pflicht machen.“ Noch ist es Poincaré nicht gelungen, die Einheitsfront gegen Deutschland wiederherzustellen, und es wird ihm auch nicht gelingen, wenn ihm nicht Hilfe aus dem deutschen Volk selbst heraus entsteht. Niemand wünscht sich sehnlicher als Poincaré für den 4. Mai einen Wahlsieg in Deutschland, der ihn berechtigt, dem „Deutschen Imperialismus“ weiterhin die brutale französische Gewalt entgegenzusetzen.

Wir sollen gewiß unsere politischen Maßnahmen nicht kritiklos auf Beschreibungen aus dem Lager der anderen aufbauen. Die schändlichen Entlassungen beim Waffenstillstand auf Grund der 14 Punkte Wilsons sind hier eine allzu grausame Lehre, aber wir sollen und müssen die weltpolitische Konjunktur als Faktor in unsere eigene politische Berechnung einstellen. Das ist nicht Schwäche sondern Klugheit. Ein Friedrich der Große und ein Bismarck haben nicht anders gehandelt. Und von diesem Gesichtspunkte aus darf gerade jetzt unsererseits nichts geschehen, was die Einheitsfront gegen Frankreich zerbrechen könnte. Die deutsche Regierung hat deswegen recht daran getan, daß sie ihre Bereitwilligkeit erklärte, an der Verwirklichung der Sachverständigen Gutachten mitzuwirken. Nun wird alles darauf ankommen, ob auch der künftige Reichstag sich bereit ist, in ruhiger und besonnener Politik die gegebenen Konjunktur auszunutzen. Daß die politischen Strömungen von rechts hierzu weder imstande noch auch gewillt sind, hätte eines besonderen Nachweises nicht be-

darft. Man kann sich einen Ötler oder einen Dudenborff in offener Feldschlacht vorstellen, aber weder sie, noch die von ihrer politischen Höhe erfüllten kann man sich an einem Tische der kühlen, vorsichtigen und mäßigen Verhandlung denken: für solche sind Dudenborff und Stahlfelm keine geeigneten Werkzeuge.

Wenn wir die sich jetzt bietende Gelegenheit zu einer erträglichen Lösung der Reparationen nicht nutzen, wird niemals eine zweite Möglichkeit folgen. Die Erkenntnis davon darf uns freilich nicht hindern, mit allem Nachdruck das, was auch in den jetzigen Vorschlägen noch unannehmbar ist, annehmbar zu gestalten. Aber auch das wird einer Regierung der fähigen Vernunft eher mißfällig werden als einer solchen der nationalpolitischen Eriste. Das gilt vor allem hinsichtlich des bedeutendsten Punktes der Richtfestsetzung der Gesamtsumme der deutschen Leistungen, denn hier hat der britische Premierminister dem englischen Parlament erklärt: „Wenn alle Regierungen der Ausführung der Sachverständigen Vorschläge zustimmen, dann wird die volle Höhe der von der deutschen Regierung zu zahlenden Summe Gegenstand einer Verhandlung bilden müssen.“ Das ist ja gerade der wesentliche Fortschritt gegen früher daß diesmal der Verständigungswille auch auf der anderen Seite erkennbar wird, weil es einen anderen Ausweg aus dem wirtschaftlichen Elend Europas nicht mehr gibt. In dem Augenblick, wo die Sachverständigen Gutachten sich bemühen, das ganze Reparationsproblem wirklich wirtschaftlich anzufassen, und es von der politischen Berzweckung zu befreien, würde es ein Verbrechen an der deutschen Zukunft sein, diese Keime der Gesundung durch eine falsche deutsche Politik zu erlöten. Worin eine solche verkehrte Politik bestehen würde, legt mit überzeugenden und eindringlichen Worten der britische „Manchester Guardian“ dar, dessen Ausführungen um so gewichtiger sind, als das Blatt zugleich auch den Alliierten rückhaltlos vorhält, wie sie den Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die Hohenzollern zu führen vorgaben, und wie sie dann doch das deutsche Volk hängen ließen. Obwohl das, was gegenwärtig in Deutschland vor sich geht, kein Wunder sei, so müßte das deutsche Volk sich doch fragen, was für einen Nutzen es davon habe, wenn es gerade jetzt alle Zurückhaltungen über Bord werfe. Es heißt weiter in dem Artikel:

„Deutschland wird seine Kraft nicht dadurch wieder gewinnen und seinen Platz unter den Völkern der Welt einnehmen, daß es zu der Regierungsform zurückkehrt, die an seinem Sturze schuld ist, sondern durch Standhaftigkeit und Ausdauer, die zu den schönsten Charaktereigenschaften seines Volkes gehören. Was kann unglücklicher sein, als daß Deutschland gerade diesen Augenblick dazu benützen sollte, um wieder den reaktionären Kurs einzuschlagen, der ihm unermesslich die Sympathie Englands und anderer Länder kosten würde und vor allem in Frankreich höchst unheilvoll wäre. Denn wer kann zweifeln, daß die liberale Bewegung in Frankreich einen verhängnisvollen Schlag erhalten würde, wenn die französische Regierung auf einen Erfolg der deutschen Reaktion hinwirken könnte?“

Es ist bedauernd, daß man dem deutschen Volke aus einem britischen Blatt diese politischen Erörterungen vorhalten muß, die eigentlich für jeden Deutschen selbstverständlich sein sollten. Aber bei uns gibt es leider keine noch so nahe liegende politische Wahrheit, vor der nicht Unverständnis und Nihilismus die Augen solange verblenden, bis für das deutsche Volk ein grausames Erwachen kommt.

Belgien und England stimmen vorbehaltlos zu.

Die französische Regierung hatte bereits Anfang der Woche in einem an den Vorsitzenden der Reparationskommission gerichteten Schreiben geantwortet, diese Note aber, die eine scharfe Kritik an den Beschlüssen der Kommission sowie ein Resümee der französischen Wünsche und Vorbehalte enthält, auf den Rat Barthelemy wieder zurückgezogen. Die Antwort der belgischen Regierung ist bereits in den Händen der belgischen Delegierten, offiziell aber noch nicht übergeben worden. Sie aber nimmt die Vorschläge der Sachverständigen vorbehaltlos an. Die Antwort der englischen Regierung, die gleichfalls eine rückhaltlose Zustimmung zu den Vorschlägen der Sachverständigen darstellen soll, wird in Paris zur Zeit erwartet.

Kommende Verhandlungen der belgischen Vertreter.

„Echo de Paris“ schreibt, Macdonald habe die Belgier nach London berufen, wo sie Ende der nächsten Woche eintreffen würden. Sie würden kommenden Montag nach Paris kommen, weil sie zuerst mit Frankreich verhandeln wollten.

Zu der bevorstehenden Zusammenkunft mit Belgien

care glaubt das „Deure“ bestimmte Angaben machen zu können. Die belgischen Minister beabsichtigen demnach zur Sprache zu bringen:

1. die Voraussetzungen zur Klärung des Ruhrgebietes
 2. die Festsetzung des Anteils der Reparationen für jeden der Verbündeten und
 3. das interalliierte Schuldenproblem.
- Was die Ruhr anlangt, so habe sich in der Haltung der belgischen Regierung ein Umschwung vollzogen. Ursprünglich hätte sie zu der französischen Auffassung hingeneigt, daß für den Fall deutscher „Verfehlungen“ im voraus bestimmte interalliierte „Sanktionen“ verabredet werden müßten. Nach einem Meinungsaustausch mit der Londoner Regierung und im Einverständnis mit ihr vertritt das belgische Kabinett nunmehr den Standpunkt, daß die Wirtschaftskontrolle im besetzten Gebiet entsprechend den Empfehlungen der Sachverständigen reiflos aufgehoben werden müsse, daß dagegen die militärischen Organisationen an Ort und Stelle belassen und nach Maßgabe der erfolgten Leistungen zurückgezogen würden.

Stellung der Industrie zum Gutachten.

Vom Reichsverband der deutschen Industrie wird folgende Resolution zum Gutachten der Sachverständigen mitgeteilt: Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie erkennen an, daß das Gutachten des ersten Sachverständigenkomitees eine auf wirtschaftlicher Erkenntnis aufgebaute und geeignete Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems darstellt und billigen den Standpunkt der Reichsregierung, auf der Grundlage des Gutachtens zu verhandeln. Sie sehen davon ab, die vielfachen Einzelpunkte aufzuwickeln, die noch der Klärung bedürfen und beschreiben sich darauf, als fundamentale Voraussetzungen für die Annahme und Durchführung des Gutachtens zu bezeichnen:

1. Die Wiederherstellung der vollen administrativen und wirtschaftlichen Souveränität des Deutschen Reiches in den besetzten Teilen Deutschlands,
2. daß die Ausführung des Gutachtens in demselben Geiste erfolgt der die Gutachter bei der Abfassung befehl hat, insbesondere insoweit, als es sich um den unentgeltlichen Schatz der deutschen Währung bei den sogenannten Transfers aus dem Reparationsfonds an das Ausland handelt.

Fransosenterror

in der Pfalz.

Der Tagelöhner Karl Hornung aus Lauterecken wurde im Januar wegen Belästigung der Separatisten von der Besatzung zu drei Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 200 Goldmark verurteilt, sein Vater, Arbeiter Jakob Hornung, der am 15. März wegen des gleichen „Verbrechens“ zu 10 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, hatte sich der Bestrafung durch die Flucht ins rechtsrheinische Gebiet entzogen. Als der Sohn jetzt nach Verbüßung seiner Strafe ins Elternhaus zurückkehrte, traf er zwei französische Gendarmen an, die von seiner Mutter die sofortige Bezahlung der 1000 Mark Geldstrafe verlangten. Da dem Verlangen nicht stattgegeben werden konnte, wollten die Gendarmen Frau Hornung mit Gewalt als Geisel fortzuschleppen unter der Drohung, sie werde so lange in Haft gehalten, bis der Betrag bezahlt sei. Nur auf Bitten des Sohnes, der die Summe herbeizuschaffen versprach, wurde Frau Hornung eine Frist bis zum 25. April gegeben unter Androhung der Verhaftung, falls der Betrag bis dahin nicht bereit läge.

Verhaftung des Ministers Rönneburg.

Der braunschweigische Staatsminister Rönneburg, der in seiner Eigenschaft als Spitzenkandidat der Demokratischen Partei für den Wahlkreis Westfalen-Nord in einer demokratischen Wahlversammlung in Rodlinghausen sprechen wollte, wurde von französischen Kriminalbeamten verhaftet und im Auto nach Gelsenkirchen gebracht. Auf Grund von Vorstellungen des stellvertretenden Oberbürgermeisters von Rodlinghausen bei dem französischen Stadtkommandanten dabeilist erfolgte noch am gleichen Abend seine Freilassung, so daß er mit einiger Verspätung in Rodlinghausen eintraf und seine Wahlrede halten konnte. Bis der Versammlungsleiter mittelste, war die Verhaftung erfolgt, weil die französische Kriminalpolizei in Gelsenkirchen angenommen hatte, es handle sich um einen Reichsminister. (?)